

BUNDESGERICHTSHOF

IX ZB 276/79

B E S C H L U S S

in der Entschädigungssache

Malka S [REDACTED],

[REDACTED] J [REDACTED] Street, B [REDACTED] B [REDACTED]/Israel,

- Prozeßbevollmächtigter: Klägerin und Beschwerdeführerin,
Rechtsanwalt [REDACTED] [REDACTED] -

gegen

Land Rheinland-Pfalz,
vertreten durch das Ministerium der Finanzen,
K [REDACTED]-F [REDACTED]-Straße [REDACTED], M [REDACTED].

Beklagten und Beschwerdegegner

Der IX. Zivilsenat des Bundesgerichtshofs hat am 1. Oktober 1981 durch den Vorsitzenden Richter Mai und die Richter Zorn, Fuchs, Dr. Lang und Dr. Jähne

beschlossen:

Die Beschwerde der Klägerin gegen die Nichtzulassung der Revision im Urteil des 11. Zivilsenats - Entschädigungs senats - des Oberlandesgerichts Koblenz vom 6. März 1979 wird zurückgewiesen.

Die außergerichtlichen Kosten des Beschwerdeverfahrens trägt die Klägerin.

G r ü n d e

Der schon 1954 angemeldete Anspruch auf Entschädigung für Schaden an Körper oder Gesundheit ist nicht bis 31. März 1967 durch Darlegung des den Anspruch begründenden Sachverhalts erläutert worden, mithin gemäß § 190 a BGB erloschen.

In der Bescheinigung vom 25. Mai 1955 sind zwar Leiden angegeben, nicht aber auf die Verfolgung zurückgeführt worden. Das genügt nicht (BGH Rzw 1972, 31 Nr. 21, 1976, 152 und ständig). Die Beweiserleichterung des § 31 Abs. 2 BGB kommt der Klägerin nicht zu Gunste (vgl. BGH Rzw 1980, 91), weil sie nach ihrem Vortrag und den Feststellungen

2

- 3 -

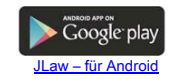
des Tatrichters nicht mindestens ein Jahr in einem Kenzen-
trationslager festgehalten worden ist. Danach weicht das
Berufungsurteil nicht von der Rechtsprechung des Bundes-
gerichtshofs ab und wirft auch keine ungeklärte Rechts-
frage auf.

Mal

Fuchs



JLaw – Gesetze und Urteile
Kostenlos
Über 200 Gesetze
Über 100.000 Urteile
[\(mobile App\)](#)



JLaw – für Android



JLaw – für iOS